

FREIBERUFLER-TICKER vom 9. September 2022

1. „Sommer der Berufsausbildung“: Besuch einer Hausarztpraxis durch BFB-Präsident Friedemann Schmidt und Staatsministerin Reem Alabali-Radovan

Im Rahmen der [Initiative „Sommer der Berufsausbildung“](#) besuchen am 13. September 2022 Staatsministerin Reem Alabali-Radovan MdB (SPD), Integrations- und Antirassismusbeauftragte der Bundesregierung, und Friedemann Schmidt, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe, eine Hausarztpraxis in Potsdam, die seit 25 Jahren ausländische Jugendliche mit Migrations- und Fluchtgeschichte ausbildet. Seit 2021 wirbt der langjährige Partner des BFB, die Allianz für Aus- und Weiterbildung, mit ihren Partnern gezielt für die duale Berufsausbildung, um das Ziel, möglichst vielen jungen Menschen eine Berufsausbildung im Betrieb nahezubringen, zu erreichen. Zusammen mit der Allianz für Aus- und Weiterbildung und ihren Partnern, plant der BFB das zweite Jahr in Folge einen Besuch einer Arztpraxis in der Region Berlin-Brandenburg-Sachsen, um gelungene Beispiele von Integration von Geflüchteten aufzuweisen. Dieses Jahr engagiert sich der BFB zusammen mit Staatsministerin Alabali-Radovan insbesondere für das Thema „Vielfalt in der dualen Ausbildung“, welches die Potsdamer Arztpraxis seit über zwei Jahrzehnten intensiv beschäftigt. Die hohe Integrationsleistung der Freien Berufe, die sich mit der immer größer werdenden Quote von Auszubildenden mit ausländischen Wurzeln (18,3%) zeigt, ist einer der vielfältigen Gründe für die Wahl des Themas.

2. Arbeitsmarkt bleibt robust

Der Arbeitsmarkt bleibt trotz aller Belastungen und Unsicherheiten weiter stabil. Die Arbeitslosenquote lag im August bei 5,6 Prozent. Erwerbstätigkeit und Beschäftigung bewegen sich weiter aufwärts. Die Arbeitskräftenachfrage bleibt hoch. Im Zuge der Sommerpause und durch die noch andauernde Erfassung ukrainischer Geflüchteter ist die Zahl der Arbeitslosen im August gegenüber dem Vormonat um 77.000 auf 2,547 Millionen gestiegen. Saisonbereinigt nahm sie um 28.000 zu. Verglichen mit dem August des vorigen Jahres ist die Arbeitslosenzahl um 31.000 geringer. Die Nachfrage nach neuem Personal bewegt sich im August weiter auf sehr hohem Niveau. So waren 887.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 108.000 mehr als vor einem Jahr. Saisonbereinigt hat sich der Bestand der bei der BA gemeldeten Arbeitsstellen gegenüber dem Vormonat um 1.000 verringert. Das [teilte](#) die Bundesagentur für Arbeit Ende vergangener Woche mit.

3. Neun von zehn Unternehmen werden Opfer von Datendiebstahl, Spionage oder Sabotage

Der deutschen Wirtschaft entsteht ein jährlicher Schaden von rund 203 Milliarden Euro durch Diebstahl von IT-Ausrüstung und Daten, Spionage und Sabotage. Damit liegt der Schaden etwas niedriger als im Rekordjahr 2021 mit 223 Milliarden Euro. In den Jahren 2018/2019 waren es erst 103 Milliarden Euro. Das sind Ergebnisse einer Studie im Auftrag des Digitalverbands

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >



Bitkom, für die mehr als 1.000 Unternehmen quer durch alle Branchen befragt und deren Ergebnisse Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurden. Praktisch jedes Unternehmen in Deutschland wird Opfer: 84 Prozent der Unternehmen waren im vergangenen Jahr betroffen, weitere neun Prozent gehen davon aus. Dabei sind die Angriffe aus Russland und China zuletzt sprunghaft angestiegen. 43 Prozent der betroffenen Unternehmen haben mindestens eine Attacke aus China identifiziert (2021: 30 Prozent). 36 Prozent haben Urheber in Russland ausgemacht (2021: 23 Prozent). Beim Diebstahl digitaler Daten haben es die Angreifer verstärkt auf Daten Dritter abgesehen. So geben 68 Prozent der von diesem Delikt betroffenen Unternehmen an, dass Kommunikationsdaten wie E-Mails entwendet wurden (2021: 63 Prozent). Bei fast jedem Zweiten (45 Prozent) waren Kundendaten im Visier – nach nur 31 Prozent vor einem Jahr.

4. Finanzierungsklima gegenüber Vorjahr leicht verbessert

Der Zugang zu Krediten verbesserte sich im Frühjahr gegenüber dem vergangenen „Lockdown-Jahr“ etwas. 41 Prozent der befragten Firmen beurteilten den Zugang zu Krediten als leicht (Vorjahr: 35 Prozent); während rund 24 Prozent die Aufnahme eines Kredits als schwierig einschätzten, rund zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Trotz dieser leichten Aufhellung bleibt das Finanzierungsklima unter dem Niveau der Vorkrisenjahre. Zugleich ist die Kreditnachfrage zurückgegangen, nachdem sie zu Beginn der Pandemie aufgrund des erhöhten Liquiditätsbedarfs der Unternehmen und Betriebe deutlich zugenommen hatte. Nur noch rund 44 Prozent führten 2021 Kreditverhandlungen – fast ein Drittel weniger als im ersten Corona-Jahr 2020. Der Ukrainekrieg und die Energiekrise stellen die Unternehmen jedoch vor neue Herausforderungen, so die KfW zu den Ende vergangener Woche [veröffentlichten](#) Ergebnissen ihrer Unternehmensbefragung. Die schlechteren Konjunkturaussichten und die steigenden Zinsen zur Eindämmung der Inflation dürften sich perspektivisch negativ auf das Finanzierungsumfeld und den Kreditzugang der Unternehmen auswirken.

5. Ergebnisse einer BIBB-Analyse zur Dauer der Anerkennungsverfahren

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) [veröffentlichte](#) am 5. September 2022 eine erste Studie zur Dauer der Anerkennungsverfahren und mögliche Optimierungspotenziale. Die BIBB-Studie analysiert auf Grundlage der amtlichen Statistik die Dauer der Anerkennungsverfahren zu Berufen nach Bundesrecht für die Jahre 2017 bis 2020. Betrachtet wird der Zeitraum zwischen dem formal vollständig vorliegenden Antrag und dem ersten Bescheid. Zudem gleichen im Anerkennungsverfahren die zuständigen Stellen die ausländischen Qualifikationsnachweise mit den Anforderungen der deutschen Referenzqualifikation ab. Dafür sieht das Gesetz, abhängig vom Beruf, eine Frist von drei oder vier Monaten vor. Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass die Verfahren vor allem dann länger dauern, wenn für die Bearbeitung weitere Dokumente notwendig sind oder Antragstellende Ausgleichsmaßnahmen benötigen, um die volle Anerkennung zu erhalten. Überdies wurde 2020 bei knapp 60 Prozent der Verfahren zu nicht reglementierten Berufen vor allem bei dualen Ausbildungsberufen die Dreimonatsfrist eingehalten oder unterschritten. Weitere Ergebnisse sind, dass von den reglementierten

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >



Berufen, bei denen die Anerkennung zwingende Voraussetzung für die Berufszulassung ist, wie bei Ärzten und Ärztinnen sowie Pflegefachleuten, können einige EU-Abschlüsse automatisch anerkannt werden. So wurden 2020 wurden knapp 90 Prozent binnen drei Monaten beschieden (ein Plus von sieben Prozent zum 2017). Anders sah es bei den Verfahren zu den reglementierten Berufen aus, die nicht automatisch anerkannt werden, wie bei Anträge auf Anerkennung aus dem nicht EU-Ausland. Die Quote der in vier oder weniger Monaten beschiedenen Verfahren blieb bei knapp 75 Prozent, zudem wurden deutlich mehr Verfahren beschieden. Bei einem großen Teil dieser Verfahren enthielt der erste Bescheid allerdings die Auflage, an einer Ausgleichsmaßnahme teilzunehmen, um die volle Gleichwertigkeit zu erreichen. Aus Sicht der Antragstellenden verlängerte sich dadurch im Vergleich zur reinen Bearbeitungszeit das Verfahren: im Durchschnitt dauerte es zuletzt rund 15 Monate, in vielen Fällen auch deutlich länger. Überdies werden in der BIBB-Studie Optimierungspotenziale identifiziert, beispielsweise bei der Anforderung und Nachforderung von Unterlagen oder dem Zugang zu Ausgleichsmaßnahmen.

6. Zahl der Hochschulabschlüsse um neun Prozent gestiegen

Wie das Statistische Bundesamt am 7.September 2022 [mitteilte](#), stieg die Zahl der Hochschulabsolventinnen und -absolventen im Prüfungsjahr 2021 um neun Prozent an. So erwarben im Wintersemester 2020/2021 und Sommersemester 2021 rund 518.000 Studierende und Promovierende einen Abschluss an einer deutschen Hochschule. Pandemiebedingt waren im Jahr 2020 zahlreiche Prüfungen in Folgesemester verschoben worden, nun kam es zu Nachholeffekten. Des Weiteren lag der Anteil der Absolventinnen und Absolventen an den deutschen Hochschulen mit studienbezogenem Auslandsaufenthalt im abgeschlossenen Studiengang im Prüfungsjahr 2021 bei 7,2 Prozent. Als studienbezogene Auslandsaufenthalte zählen dabei für eine Abschlussprüfung anerkannte Studien- oder Praktikumsaufenthalte im Ausland ab drei Monaten oder mit mindestens 15 anerkannten Punkten nach dem European Credit Transfer and Accumulation System. Unter den Universitäten und Fachhochschulen mit mindestens 2.000 Absolventinnen und Absolventen wiesen im Prüfungsjahr 2021 die Universität Mannheim (32 Prozent), die Universität Konstanz (22 Prozent), die Universität Passau (21 Prozent), die Technische Hochschule Nürnberg (18 Prozent) und die Technische Hochschule Aachen (17 Prozent) die höchsten Anteile an Absolventinnen und Absolventen mit Auslandsstudium auf.

7. Umsetzung des einheitlichen digitalen Zugangstors

Nach der Verordnung ([EU](#) 2018/1724 über die Einrichtung eines einheitlichen digitalen Zugangstors sollen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen Dokumente in Zukunft nur noch einmal bei einer öffentlichen Behörde einreichen müssen. Für das dafür einheitliche technische "Once Only Technical System" (OOTS) hat die Europäische Kommission am 6. September 2022 die [Durchführungsverordnung](#) veröffentlicht. Zuvor hatten die EU-Mitgliedstaaten zugestimmt. Ab Ende 2023 soll es zur Verfügung stehen. OOTS wird es dann den öffentlichen Behörden in der gesamten Europäischen Union ermöglichen, auf Anfrage von

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >



Bürgern und Unternehmen amtliche Dokumente und Daten einfach und effizient auszutauschen.
Das OOTS-System soll auch als ein wiederverwendbares Modell für andere Datenräume
innerhalb der EU dienen.

**Sichern Sie sich die digitale Ausgabe
der F.A.Z. und F.A.S. inklusive F+.**

Jetzt bestellen und Angebot sichern! >

fis

**6 Monate mit
50% Ersparnis.**

